



Mit unheimlicher Präzision

Amerikanische und muslimische Irrationalität spielen einander zu



Experten können recht behalten. Wer seinen Informationsbedarf nicht bloß mit Fox-TV oder den RTL 2-Nachrichten gedeckt hat, konnte wissen, dass die Vereinigten Staaten einen Krieg gegen Saddam Husseins Irak rasch für sich entscheiden würden. Die viel größere Herausforderung, so war man in den großen Zeitungen Europas, aber ebenso der arabischen Welt und der kritischen amerikanischen Presse informiert worden, bestand darin, eine stabile Nachkriegsordnung zu errichten.

Natürlich gab es die notorischen Islamkenner, die die religiösen Massen herbeibeten, die sich den amerikanischen Panzern entgegenwerfen würden, und den sofortigen Flächenbrand in der gesamten Region ankündigten, so wie sie zuvor von der selbstmörderischen afghanischen Kriegerrasse gewarnt hatten. Die meisten Wissenschaftler aber, die seriösen Publizisten und selbst die meisten Konservativen unter Europas Außenpolitikern sahen voraus, dass Erfolg oder Misserfolg der Amerikaner im Irak sich erst in den Monaten und Jahren nach dem Sturz Saddams erweisen würde.

Man konnte vor dem Irakkrieg auch nachlesen, dass die Iraker froh sein würden über das Ende der Diktatur, aber deswegen die Amerikaner nicht gleich als Befreier begrüßen würden. Es stand zu lesen, dass der Irak bei aller Brutalität im Inneren militärisch viel zu schwach war, um den Weltfrieden zu bedrohen. So ist denn auch niemand ernstlich überrascht, dass die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak erfolglos verlief.

Dass auch der zweite Kriegsgrund – die Verbindung Saddams mit dem internationalen Terrorismus – sich als obsolet erweisen würde, hätte jeder Zuschauer der Tagesschau voraussehen können. Die Vereinigten Staaten können unmöglich mit den Sympathien der irakischen Bevölkerung haben, als sie den Wiederaufbau Iraks in die Hände von einzelnen amerikanischen Firmen legten, die teilweise auch noch verbandelt sind mit Mitgliedern der Regierung Bush. Und als wollte Washington noch das letzte anti-amerikanische Klischee bedienen, ließ es zu, dass unmittelbar nach dem Fall Bagdads im gesamten Irak Missionare der „Samaritan's Purse“ ausschwärmten, jener protestantisch-fundamentalistischen Organisation des Predigers Billy Graham. Im Westen mag man sich erinnern, dass Billy Graham George W. Bush nach der Alkoholentwöhnung zum Glauben führte und bei seiner Amtseinführung das Bittgebet sprach. In der islamischen Welt aber ist außerdem noch unvergessen, dass Graham kurz vor dem Irak-Krieg den Islam als „eine üble und böse Religion“ bezeichnet hatte.

Verwerflich, aber erwartbar

Die Warnungen hätten präziser nicht sein können: dass die voraussehbare Instabilität im Irak die ganze Region erschüttern würde; dass ein völkerrechtswidriger Krieg gegen den Irak nicht nur die Emotionen gegen den Westen schüren und tausend neue bin Ladens schaffen würde, wie Ägyptens Präsident Mubarak prophezeit hatte, sondern ganz konkret den Kämpfern bin Ladens nach Afghanistan und den unbeherrschbar gewordenen Teilen Pakistans ein neues Rückzugsgebiet beschern würde,

das ihnen strategisch ungleich günstigere Bedingungen bietet; dass ein so blindwütig geführter Antiterrorkampf zu weiteren Terrorakten führen werde, die schließlich auch Europa erreichen würden.

Dass George W. Bush jüngst erklärte, der Irak sei ein Zentrum des internationalen Terrorismus geworden, ist nicht falsch, und fatal wäre es, wenn Amerika dieses herrschaftslos gewordene und daher von Islamisten aller Länder heimgesuchte Land nunmehr sich selbst überließe. Aber zugleich ist die Erklärung nichts weniger als ein Eingeständnis, dass Amerika durch den Krieg überhaupt erst die Notwendigkeit geschaffen hat, im Irak präsent zu sein.

Seit dem Terroranschlag gegen die Synagoge in Istanbul hat sich auch ein letz-ter, besonders beängstigender Aspekt der Kritik an der amerikanischen Außenpolitik endgültig als real erwiesen: die Warnung vor einem neuen muslimischen Antijudaismus, der sich aus der Wahrnehmung nährt, Washington tue im Nahen Osten nichts anderes, als israelische Interessen zu vollstrecken.

Niemand hatte ernstlich an das Versprechen glauben können, dass mit der Befreiung Iraks auch der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser lösbar würde, weil die Finanzierung der Selbstmordattentate, die Saddam zu Last gelegt worden waren, ausbliebe. Im Gegenteil: vielfältig waren die Voraussagen, dass Bushs beispiellose Parteinahme der Vereinigten Staaten für die extremistische Regierung Israels die antijüdischen Ressentiments, die ohnehin schon beängstigend genug geworden waren, noch anheizen würde.

Angesichts einer Politik, die Israels Regierung mit den Interessen des Judentums identifiziert, ist es verwerflich und verachtenswert, aber nicht überraschend, wenn Kritik an Israel umschlägt in Feindschaft gegen Juden. Entgegen der Beteuerung vieler Muslime ist dieses Sentiment nicht mehr zu übersehen. Es ist zu einer Bedrohung geworden für Juden weltweit und zugleich zu einem Opium für viele Muslime, die lieber andere Völker beschuldigen, als die Gründe für die Rückständigkeit und den Mangel an Demokratie bei sich selbst zu suchen.

Dass der Antijudaismus in der islamischen Welt keine historischen Wurzeln hat, die vergleichbar wären mit denen des europäischen Antisemitismus, macht ihn nicht harmloser oder weniger verabscheuungswürdig. Die Auswirkungen, die er auf die Situation im Nahen Osten, aber auch für die Koexistenz von Muslimen und Juden im Westen haben könnte, mag man sich kaum ausmalen.

Der Kampf gegen das anti-jüdische Ressentiment muss in der muslimischen Öffentlichkeit ausgetragen werden, nirgends sonst. Das setzt voraus, das Ressentiment, das unbeteiligten Juden in Israel, auf Djerba oder sonstwo auf der Welt das Leben kostet, erst einmal zuzugeben, statt stets zu beteuern, der Widerstand richte sich allein gegen den Staat Israel.

So beschämend leise die selbstkritischen Stimmen noch sind, so werden sie nicht eben lauter, wenn die amerikanische Nahostpolitik an Israel verteidigt, was es an muslimischen Staaten zu recht bekämpft: Unterdrückung und Gewalt gegen Zivilisten. Scharons Wort, Europa sei mit seiner Kritik an Israels Politik indirekt schuldig für die Anschläge von Istanbul, ist an Zynismus nicht zu überbieten. Besser hätte er sich an Wolfowitz und Cheney wenden sollen, die Frieden in den Besetzten Gebieten in der Vergangenheit damit gleichsetzten, den Widerstand der Palästinenser zu brechen.

Mit ihnen kann man nicht reden

Kein informierter Zeitgenosse kann also behaupten, auf das Szenario nicht hingewiesen worden zu sein. Dennoch ist es eingetreten, mit unheimlicher Präzision. Das löst die Frage aus, wieso die Vereinigten Staaten wider alles verfügbare Wissen exakt jene Politik betreiben, die Ablehnung und neue Anschläge geradezu herbeibeschwört. Schließlich ist mit dem Engagement im Irak (von einzelnen Firmen und Wirtschaftszweigen abgesehen) nicht einmal der amerikanischen Ökonomie gedient, wie es der anti-imperialistische Reflex gern hätte. Mit Dummheit mag man es sich nicht erklären und auch nicht damit, dass die Regierung in Washington schlechter informiert ist als der Rest der Welt. Hat sie also nach dem 11. September – genau gesagt: nach dem weitgehend akzeptierten Krieg gegen die Taliban – bewusst einkalkuliert, dass heute außer Israel selbst die meisten Verbündeten verstört sind über ihre Politik?

Ob die Eskalation im Nahen Osten das Ergebnis falscher Einschätzungen oder selbst Teil einer Strategie ist, mit immer neuen Bedrohungen Gewalt zu legitimieren und die eigene Herrschaft zu sichern – festzuhalten bleibt: In der Folge des 11. Septembers entziehen sich wesentliche Stränge westlicher Außenpolitik der gewohnten realpolitischen Rationalität, die außer auf Stabilität auf den nationalen Vorteil, die eigene Sicherheit und das eigene Ansehen bedacht ist.

Damit herrscht im Krieg gegen den Terror die kalkulierte Irrationalität auf beiden Seiten. Auf der einen Seite hat man es mit Extremisten zu tun, die sich um die öffentliche Meinung in den muslimischen Ländern und damit um ein realpolitisches Ziel nicht scheren, sonst würden sie nicht wahllos auch Muslime in die Luft sprengen. Mit ihnen kann man weder reden noch im Namen des Islams oder der Humanität an sie appellieren – man kann sie nur mit allen rechtsstaatlich vertretbaren Mitteln bekämpfen.

Das Abkommen von Genf

Auf der anderen Seite hat man es in Washington und Jerusalem mit einer Politik zu tun, die allen Erkenntnissen zufolge genau das tut, was den Terrorismus befördert. Das bedeutet nicht, dass beide Seiten gleich seien oder gar moralisch von gleicher Verworfenheit. Neben allen anderen Unterschieden ist einer besonders wichtig: auf dieser Seite der Front hat man es mit demokratisch gewählten Regierungen zu tun. Vor allem deswegen bleibt die Hoffnung, dass sich wenigstens die schlimmsten Voraussagen der Experten nicht bewahrheiten.

Eine andere Regierung in Washington könnte es im Irak den Briten gleichtun, die im Süden nicht wie Besatzer auftreten, zivile Prozesse wirksam unterstützen und ahnen lassen, dass Demokratie auch in einem arabischen Land möglich wäre. Sie würde außerdem Putins Völkermord in Tschetschenien und die Verbrecherregime in Zentralasien, die jedes demokratische Aufbegehren als islamistisch denunzieren und im Keim ersticken, nicht gleichgültig hinnehmen. Afghanistans Regierung, die bisher kaum mehr ist als eine Stadtverwaltung von Kabul, würde sie weit entschlossener unterstützen als bisher.

Eine andere Regierung in Washington würde vor allem aber die Chance nutzen, die sich aus der Erschöpfung von Israelis und Palästinenser ergibt und im Abkommen von Genf endlich eine realistische Formel gefunden hat. Israelische Oppositionspolitiker und palästinensische Arafat-Vertraute haben darin konkrete Vorschläge ausgearbeitet, wie die Probleme im abgebrochenen Friedensprozess zu lösen seien. Nach einer Umfrage der israelischen Zeitung Ha'aretz wird das Abkommen, das im Dezember

unterzeichnet werden soll, von einer Mehrheit beider Völker unterstützt. Statt hinzunehmen, dass Scharon die israelischen Unterhändler als Verräter beschimpft, würde eine kluge Politik, die an die Sicherheit und Existenz Israels glaubt, solche Unterhändler unterstützen, genauso wie deren palästinensische Partner. Keine dieser Maßnahmen würde den islamistischen Terror rasch stoppen, dafür haben sich seine Motive schon zu sehr verselbständigt. Aber zusammengenommen könnten sie verhindern, dass aus den tausend bin Ladens, die es schon gibt, morgen eine Million werden.

NAVID KERMANI

drucken ☛

Fenster schließen ☛